



Medienkommentar

Ukraine: Medienboxer Klitschko scheitert[...] mit seinem Misstrauensantrag



Mit der Ablehnung der ukrainischen Regierung, das EU-Assoziierungsabkommen zu unterzeichnen, sorgt sie für anhaltende Proteste. Aufgewiegelt von den..

Mit der Ablehnung der ukrainischen Regierung, das EU-Assoziierungsabkommen zu unterzeichnen, sorgt sie für anhaltende Proteste. Aufgewiegelt von den Oppositionspolitikern mündeten friedliche Demonstrationen teilweise in gewalttätige Ausschreitungen.

Für die Oppositionsparteien der „Orangen Revolution“, damals orchestriert und bezahlt von Georg Soros, ist die Marschrichtung klar: Ex occidente lux – was so viel heißt wie: Im Westen ist das Licht.

Anders sieht es die ukrainische Regierung. Neben der nach wie vor starken wirtschaftlichen Abhängigkeit von Russland spielen weitere Bedenken mit. Immerhin müsste das osteuropäische Land schrittweise viele Normen und Gesetze anpassen, sowie den Binnenmarkt radikal für westeuropäische Firmen öffnen. Das würde dazu führen, dass die eh schon schwache Industrieleistung der Ukraine aufgrund von EU Auflagen noch schwächer ausfallen würde.

Zumindest mittelfristig war Janukowitschs Entscheidung jedenfalls richtig, wie auch eine Studie der Agentur Bloomberg belegt. Aber es geht auch um eine weitere Einkreisung Russlands. Der Wormser Wirtschaftspräsident Max Otte hat den Westen für die politische Krise in der Ukraine mitverantwortlich gemacht. Zitat: „Die Probleme der Ukraine sind vom Westen gewollt oder in Kauf genommen“, sagte Otte im Handelsblatt Online. „Hier findet eine Auseinandersetzung um die Ausweitung der amerikanischen Einflussphäre statt.“ Das EU-Assoziierungsabkommen sei nur der Ukraine angeboten worden, nicht Russland, was Russland weiter isolieren würde.

Ganz anders sehen dies jedoch die Euro-Turbos in Brüssel.

Wiktor Janukowitsch, der demokratisch gewählte Präsident der Ukraine, das berichtete der ARD-Video-Text, hatte sich diese Woche beim Präsidenten der Europäischen Kommission Barroso gemeldet, nachdem tags zuvor tausende Ukrainer seine Absetzung forderten, um den Medienboxer und die EU-Marionette Klitschko in dessen Amt zu putschen.

Janukowitsch bot Barroso an, dass sich die Ukraine wieder an den EU-Annektionstisch begibt, um Teile des bisherigen Abkommens erneut zu verhandeln. Laut ARD-Video-Text soll Barroso dem zugestimmt haben.

Wenn sich Präsident Janukowitsch, der gewiss gute Berater um sich weiß, nach der Demonstration in Kiew direkt an Barroso wendet, so darf man davon ausgehen, dass dies im vollen Bewusstsein darüber geschah, wem die Ukraine die besagte gewalttätige Demonstration zu "verdanken" hat.

Kam es doch ans Licht dass ausgerechnet mit deutschen Steuergeldern gewaltbereite Demonstranten mit Bussen aus der West Ukraine nach Kiew gekarrt wurden und dort für gewalttätige Kundgebungen im Stundenlohn von der CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung bezahlt wurden.

Janukowytsch setzte damit ein Zeichen, dass die ukrainische Regierung an keinen Unruhen interessiert ist. Das hinderte allerdings das EU-U-Boot Klitschko nicht daran, Mitte der Woche trotzdem ein Misstrauensvotum gegen Janukowytsch zu stellen. Mit diesem Misstrauensvotum, das den Rücktritt Janukowytschs erzeugen sollte, hat sich Klitschko jedoch einen schmerzhaften Aufwärtshaken eingefangen, da dieses im ukrainischen Parlament abgelehnt wurde.

Hier möchte man einfügen, seit wann in sogenannten Diktaturen überhaupt Misstrauensanträge gestellt werden und darüber abgestimmt wird? Spricht man doch in den hiesigen gleichgeschalteten Medien beständig vom "Diktator" Janukowytsch und der Diktatur in der Ukraine. Offensichtlich weichen hier die Behauptungen des Westens von der ukrainischen Wirklichkeit ab.

Es bleibt nur zu hoffen, dass die Ukraine nach der Loslösung von der UDSSR nicht wieder von einer Diktatur annektiert wird, nämlich von der des westlichen Kapitals, welches schon mit den Füßen scharrt, um auch dieses Land dem Diktat aus Brüssel zu unterwerfen.

von original text

Quellen:

<http://www.schweizmagazin.ch/nachrichten/ausland/17415-Ukraine-Demonstranten-mit-Geldversprechen-gekdert.html>

Das könnte Sie auch interessieren:

#Ukraine - www.kla.tv/Ukraine

#UkraineKonflikt - Aktuelle Ereignisse in der Ukraine - www.kla.tv/UkraineKonflikt

#Medienkommentar - www.kla.tv/Medienkommentare

Kla.TV – Die anderen Nachrichten ... frei – unabhängig – unzensiert ...



- was die Medien nicht verschweigen sollten ...
- wenig Gehörtes vom Volk, für das Volk ...
- tägliche News ab 19:45 Uhr auf www.kla.tv

Dranbleiben lohnt sich!

Kostenloses Abonnement mit wöchentlichen News per E-Mail erhalten Sie unter: www.kla.tv/abo

Sicherheitshinweis:

Gegenstimmen werden leider immer weiter zensiert und unterdrückt. Solange wir nicht gemäß den Interessen und Ideologien der Systempresse berichten, müssen wir jederzeit damit rechnen, dass Vorwände gesucht werden, um Kla.TV zu sperren oder zu schaden.

Vernetzen Sie sich darum heute noch internetunabhängig!

Klicken Sie hier: www.kla.tv/vernetzung

Lizenz:  *Creative Commons-Lizenz mit Namensnennung*

Verbreitung und Wiederaufbereitung ist mit Namensnennung erwünscht! Das Material darf jedoch nicht aus dem Kontext gerissen präsentiert werden. Mit öffentlichen Geldern (GEZ, Serafe, GIS, ...) finanzierte Institutionen ist die Verwendung ohne Rückfrage untersagt. Verstöße können strafrechtlich verfolgt werden.